

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Nachdem der Kaiser am Freitag aus dem Jagdrevier bei Kaltenbrunn nach Karlsruhe zurückgekehrt war, fuhr er am nächsten Tage nach Darmstadt. Am Montag früh gedachte der Monarch die Fahrt nach Schloss fortzusetzen.

* Das Verhältnis Deutschlands zu Japan und die Stellungnahme der Regierung gegenüber dem japanisch-chinesischen Friedensschluss dürfte demnächst im Reichstage Gegenstand der Verhandlungen werden. Es finden Privatbesprechungen statt über die Form, in welcher der volksrechtliche Anschluß der deutschen Regierung an die russisch-französische Intervention gegen die Friedensvereinbarungen demnächst zur Sprache gebracht werden soll.

* In Beratungsmaterialien liegen dem Reichstag, abgesehen von den bekannten Gesetzentwürfen der Regierung, gegenwärtig noch 39 Initiativansätze der Parteien, 12 Berichte der Prüfungskommission, 6 Berichte der Wahlprüfungskommission vor.

* Zur Bestellung der durch die Feier der Gründung des Nordostseekanals entstehenden unvorhergesehenen Ausgaben wird in einem Nachtragseit vom Reichstage ein Kredit in Höhe von 1.300.000 M. in Anspruch genommen werden. Die Bewilligung der Forderung ist nach Lage der Dinge selbstverständlich.

* Wie der Abg. Btg. aus Berlin ans bester Quelle mitgeteilt wird, hält die Regierung noch immer an der Hoffnung fest, daß die Zuckersteuer-Novelle noch in dieser Tagung dem Reichstage vorgelegt und erledigt werden kann. Auf jeden Fall aber wird bereits in den nächsten Tagen ein Notgesetz eingebracht werden, durch das die weitere Erhöhung und der Ausfuhrvergütungen, die am 1. August eingetreten sind, aufgehoben wird.

Dieses Notgesetz wird natürlich nur so lange Geltung haben, bis die ganze Frage materiell geregelt ist. Zur Begründung des Notgesetzes wird die Erwartung ausdrücklich ausgesprochen werden, daß das Zuckersteuergesetz noch in dieser Session zu stande kommt. Der Entwurf war im preußischen Landwirtschaftsministerium bereits fertiggestellt, mußte aber auf den Wunsch des Finanzministers Michael noch einige Änderungen unterzogen werden, da dieser die Ansicht vertritt, daß die Staatskasse durch die Belastung der Verhandlungen nicht in Nöte leidet. Die Habsburger werden in die Flucht geschlagen.

* Englands hat sich bekanntlich dem Vorgehen gegen Japan nicht angegeschlossen. Im Unterhause erklärte der Unterstaatssekretär des Auswärtigen, Grey, die genauen Bedingungen des Friedens zwischen China und Japan seien der britischen Regierung noch nicht offiziell mitgeteilt worden. Er könne daher über diesen Gegenstand vor der Öffentlichkeit keine Angabe machen. Der Kriegsminister Campbell-Bannerman sagte, er habe keine Kenntnis, ob das Gericht irgendwie begründet sei, daß der Herzog von Cambridge seinen Abschied genommen habe.

Der Antrag des Schwanzlers Harcourt, dem früheren Sprecher (Vorständen) des Unterhauses, Peel, eine Pension von 4000 Pfund (80.000 M.) zu bewilligen, wurde angenommen. Ein Antrag, die Pension auf 1000 Pfund herabzusetzen, fand keine Unterstützung.

* Es besteht in Berliner kommunalen Kreisen die Absicht, eine Versammlung von Vertretern aller größeren Kommunen einzuberufen, um gegen das Illuminatiagesetz Stellung zu nehmen.

* Bei der Reichstags-Erfahrung in Hofgeismar-Kirchheim wurde Rechtsanwalt Bielhaber (Antisemit) mit etwa 600 Stimmen Mehrheit gewählt.

* Im Lippeischen Landtage wurde am Dienstag ein von der Mehrheit in verdeckter Sitzung beschlossener Antrag eingebracht,

mit Zustimmung des Regenten folgendes Gesetz anzunehmen: Prinz Adolf von Schleswig-Holstein wird als Regent bestätigt, bis die Frage wegen der Thronfolge entschieden ist. Alsdann übernimmt der durch die Entscheidung meistberechtigte Thronfolger die Regentschaft. Die Regelung hat durch einen Gesetzeshof zu erfolgen. Tritt das Ableben des Fürsten Alexander ein, ohne daß eine Regelung erfolgt ist, so erhält die Regentschaft. Tritt aus diesem Grunde oder sonst eine Vafan in der Regentschaft ein, so ernimmt der Landtag einen Regenten aus der Zahl der Agnaten, bis eine Regelung erfolgt ist. Der Regent erhält 250.000 Mark aus der Domänenkasse. Die

Staatsregierung erklärt sich bereit, baldmöglichst einen Antrag der Reichsregierung zu beantragen, durch welchen das Reichsgericht als Gerichtshof zur Erledigung der Thronstreitigkeit eingesetzt wird. Der Antrag wurde mit 15 gegen 6 Stimmen angenommen. Der Landtag wurde vertagt.

* Der Handwerkerstag in Halle ist am Dienstag geschlossen worden, nachdem er noch eine Reihe von Resolutionen gegen die Gewerbearbeit, gegen den Haushandel, gegen die Fabriksgeschäfte und gegen die Beamten- und Offiziervereine angenommen hat, die wegen ihres sozialistisch-kommunalen Charakters geradezu als eine Gefahr für die Monarchie bezeichnet werden. Es finden Privatbesprechungen statt über die Form, in welcher der volksrechtliche Anschluß der deutschen Regierung an die russisch-französische Intervention gegen die Friedensvereinbarungen demnächst zur Sprache gebracht werden soll.

* In Paris scheint der Ausstand der Omnibusbediensteten zu einem großen Ausstand aller Angestellten im Transportwesen auszuwohnen. Die Absicht ist vorhanden, ja auch die Eisenbahndienstleuten, denen man in Frankreich ja das Recht der Arbeitsniederlegung nehmen will, wollen bei dieser Gelegenheit mitfeiern.

* Auf Madagaskar nahmen die Franzosen das Fort Ambohimaro und die kleine Batterie Babao. In dem leichten Kampf verloren die Habsburger 8 Mann und zwei Kanonen. Vier Kompanien und 2 Sektionen Artillerie unter dem Befehl des General Michinger nahmen das verhängte Lager von Madane, das von 3000 Habsburgern verteidigt wurde. Etwa 100 Habsburger wurden getötet und viele verwundet; die Franzosen hatten nur 3 Verwundete. Die Habsburger wurden in die Flucht geschlagen.

England.

* England hat sich bekanntlich dem Vorgehen gegen Japan nicht angegeschlossen. Im Unterhause erklärte der Unterstaatssekretär des Auswärtigen, Grey, die genauen Bedingungen des Friedens zwischen China und Japan seien der britischen Regierung noch nicht offiziell mitgeteilt worden. Er könne daher über diesen Gegenstand vor der Öffentlichkeit keine Angabe machen. Der Kriegsminister Campbell-Bannerman sagte, er habe keine Kenntnis, ob das Gericht irgendwie begründet sei, daß der Herzog von Cambridge seinen Abschied genommen habe.

Der Antrag des Schwanzlers Harcourt, dem früheren Sprecher (Vorständen) des Unterhauses, Peel, eine Pension von 4000 Pfund (80.000 M.) zu bewilligen, wurde angenommen. Ein Antrag, die Pension auf 1000 Pfund herabzusetzen, fand keine Unterstützung.

* Bei der Gesetzwahl in Norfolk-Nid erhielten die Konservativen einen Sieg mit 4112 gegen 3904 Stimmen. Die letzte liberale Mehrheit betrug 470 Stimmen. Die Regierung nimmt im Unterhause ist damit auf zwölf Stimmen herabgesunken. Gewählt wurde in Norfolk-Nid gegen den radikalen Kandidaten Wilson der Unionist Gordon.

Italien.

* Der römische Kassationshof fallte am Mittwoch das Urteil über die Berufung Giolitti. Das Urteil des Kassationshofes hebt den Beschluss der Anklagebank auf, sowohl bezüglich der Unterschlagung von Dokumenten, wie auch der Verleumdungsklagen. Für ein weiteres Vorgehen gegen Giolitti bedarf es daher nur der Zustimmung der Deputiertenkammer.

Spanien.

* Die Beschwerde, die die spanische Regierung bei den Ver. Staaten von Nordamerika anbrachte hat, ist durch eine Reihe von Vorkommissen begründet, insbesondere darin, daß neuerdings zwei Handelschiffe mit 300 Mann, die in Alabama und Louisiana angeworben worden waren, von der Küste von Florida nach Cuba in See gehen konnten, ohne von den nordamerikanischen Behörden daran behindert zu werden.

Amerika.

* Drei englische Kriegsschiffe sind in Corinto (Nicaragua) eingetroffen. Der Kommandant des britischen Kreuzers "Royal Arthur" hatte eine Unterredung mit dem Minister des Auswärtigen von Nicaragua und übergab ihm danach

ein Ultimatum, in welchem eine dreitägige Frist für die Bezahlung der geforderten Entschädigung gestellt wird. Wenn die Genugthuung ausbleibe, würden die Kriegsschiffe Corinto blockieren und Truppen ausschiffen, um die Stadt zu besetzen.

* Nach der Mitteilung eines kanadischen Ministers soll der Streit mit Frankreich wegen der Fischererei in den Küstengewässern von Neufundland derart geregelt werden, daß Frankreich die ausschließliche Gewalt über 50 Meilen von der Küste zu Fischerzwecken erhält, wogegen Frankreich alle Ansprüche auf die übrigen 375 Meilen zwischen Cape St. John und Cape Ray, wo es bis jetzt vertragsmäßige Fischereirechte besitzt, aufgibt.

Athen.

* Die Gegenvorstellungen, die gemeinsam Deutschland, Frankreich und Russland in Japan wegen der Bestimmungen des Friedensvertrages erheben, sind bereits am Mittwoch in Tokio dem japanischen Minister des Auswärtigen übermittelt worden.

Deutscher Reichstag.

In der Donnerstag-Sitzung wird zunächst ein schlesischer Antrag Auerl. Gen. betr. Einstellung des beim Amtsgericht zu Magdeburg gegen den Abg. Schmidt (Sachsen, los.) laufenden Strafverfahrens für die Dauer der Session angenommen und dann in der Beratung des Gesetzentwurfs betr. Abänderung des Zolltariffs fortgesetzt bei Abg. 6 zu 26, die einen Zoll von 10 M. für Speise, von 4 M. auf Leinöl und Baumwollseide vorschlägt. Abg. Herbert (los.) spricht sich gegen den Zoll aus, der Teil des kleinen Mannes verteidigt. — Abg. Hammacher (nat. lib.) befürwortet die Zollerdähnung, zu der die Regierung um Amerika gegenüber dem anderen Ausland nicht zu beginnen, geswungen sei; das Baumwollseidenbild durchaus nicht ein so gefundenes Wollseidungsmitel, wie das Linke darstellen beliebt. Außerdem befürwortet sodann die Regierungsvorlage, die einen gleichmäßigen Zoll von zehn Mark fordert. In langer Debatte sprechen sich Abg. Wenders (Benz.) für den Zollas von vier Mark, die Abg. Barth (frei. Bdg.) Richter (frei. Bdg.) gegen jeden Zoll, Abg. Bachem (Benz.) für den von der Regierung vorgeschlagenen Zollas aus. Abg. Richter versucht auf, gestützt auf ein Gutachten des Prof. Shorley, zu beweisen, daß der Rückgang der Butterpreise durch den Margarinehandel nicht hervorgerufen sei. — Abg. Karroff (frei.): Die Amerikaner haben sich den Verlauf von den Spezialeidätzen, die sie nach Deutschland ausführen, in Amerika selbst vertreten; sie halten diese Produkte für gesundheitsförderlich. Außerdem spricht man mit Ekel davon, daß die sozialen Tafelräte öfter, jetzt wollen die Herren links, daß das ganze deutsche Volk Tafelräte essen soll. — Abg. Grau d. Kauy (los.)wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Herbert, der nur immer von den Industrieberatern spricht, in diesem Falle soll er aber auch an die Arbeiter denken, die Naturprodukte das "Fett des kleinen Mannes" nicht vertreten. Außerdem wendet sich dann gegen die Ausführungen der Abg. Richter und Barth. Das Gesetz wird sodann in der Ratsung der Kommission mit der Abänderung durch den Antrag Wenders (3,50 Mark für denaturiertes Samenkorn) angenommen. Bei der Beratung der Verordnung betr. Erdebung eines Zollzuschlags für aus Spanien und seinen Kolonien kommende Waren wiederholt sich die Debatte über den Antrag Simm und Gen. betr. des Zolls auf Quebracholz. Abg. Bachem und Gen. haben einen zweiten Antrag hierzu eingebracht. Danach sollen mit Zoll belastet werden: überörtliche Gebiete, soweit sie zur Herstellung von Leder Verwendung finden, mit Ausnahme derjenigen, die für die Färberei eingesetzt werden. — Abg. Böckeler (fr. Bdg.), Broehmann (Benz.), d. Salisch (los.), Möller (nat. lib.), Hirsch (Ankl.), Buddeberg (fr. Bdg.), v. Kardorn (freikons.). — Darauf wird die weitere Beratung fortgesetzt.

Die Debatte über den Zoll auf Quebracholz wird am Freitag fortgesetzt. Gegen denselben spricht sich Abg. Schumacher (los.) aus und zwar im Interesse der Färberei und des Leberhandels, für die überörtliche Gebiete eine grobe Abwendung ist. — Abg. Bachem (Benz.) erklärt sich dann anwesend, die im Interesse des deutschen Eigentümers einen Zoll auf Quebracholz wünschen. — Abg. Barth (fr. Bdg.) ist gegen alle

beständigen Betreibungen wie ein Durchzoll, weil dadurch die Produktion direkt geschädigt werde. Die Interessen, die gehabt würden, überwiegen die der Schädlingsbekämpfung um das Jahrtausend. — Abg. von Salisch (los.) beantragt, in den Antrag Bachem einzutragen „und die chemische Industrie“, so daß also die zu dieser Industrie und zur Färberei notwendigen Gebiete zollfrei bleiben sollen. — Abg. Drechsler (nat. lib.) ist im Interesse des Schädlingsbekämpfungs für den Durchzoll.

Abg. Heye (Benz.) erklärt, daß Zentrum werde den Antrag Salisch stimmen, da die Eisenlohe, deren Produzenten durch die Resolution geschädigt werden sollen, für die chemische Industrie gar nicht in Betracht kommen. — Darauf wird die Resolution der Kommission zu gunsten der Einführung eines Zolls auf Quebracholz mit der von den Abg. Bachem und v. Salisch beantragten Zusätzen nach denen die für die chemische Industrie und die Färberei erforderlichen Gebiete zollfrei bleiben sollen, angenommen, dagegen in dritter Beratung die Verordnung wegen der Stammpfölze gegenüber der spanischen Einföhrung. — Es folgt die erste Beratung der Novelle zum Branntweinsteuergesetz. Staatssekretär Graf v. Bodenhausen begründet dieselbe eingehend. Die Regierung habe nicht zum Fabriksteuerhukum übergehen können, weil dann die Branntweinbrennerei einfach aufhören würde, ein landwirtschaftliches Nebenberuf zu sein. Der Zweck der jetzt gewählten Vorstufe ist ein agrarischer, um dem Branntweinsteuer zu Hilfe zu kommen. Die Vorlage enthält zwei wesentliche neuzeitliche Bestimmungen, eine Brennfeuer und eine Ausfuhrsteuerablassung. Der Staatssekretär bittet schließlich um wohlwollende Prüfung des Gesetzentwurfs in der Kommission. — Abg. Schröder (Benz.) betont, daß seine Partei der Vorlage wohlwollend gegenüberstehe, obwohl sie in der Kommission die Bestimmungen über die Kontingenterstattung und die Brennfeuer eingehend prüfen möge. — Abg. Wurm (los.) will keine Bevorzugung der landwirtschaftlichen Brennereien und keine Exportförderung; die Mehrbelastung des Branntweins trogt das Volk und nicht die Brennerei; seine Partei lehne die Vorlage ab. — Abg. Campf (frei.): führt aus, daß das Branntweinsteuergebot von 1887 einen Konsumrückgang von 27 Prozent herbeigeführt habe; es sei anzuerkennen, daß man der nothleidenden landwirtschaftlichen Brennerei jetzt entgegenkommen wolle, obwohl er gegen die Brennfeuer große Bedenken habe. Hoffentlich würde der Spiritus in Zukunft mehr zu Bedeutung gewinnen und damit an Stelle des teuren Petroleum. Darauf wird die Weiterberatung fortgesetzt.

Preußischer Landtag.

Das Abgeordnetenhaus erledigte am Donnerstag in dritter Lesung das Gerichtsstotengesetz. Gegenüber den Beschlüssen zweiter Lesung wurde nur eine wesentliche Veränderung angenommen, indem die Gebühren für Errichtung von Hamstern-Gefangenmünzen wieder nach der Regierungsvorlage nur auf das Dreifache der vollen Gebühr bemessen wurden.

Von Nah und Fern.

Im Berliner Leichenhauhause sind am Donnerstag dreizehn Leichen eingetragen worden. Seit dem Bestehen des Instituts ist dies die höchste Ziffer, die jemals erreicht worden ist. Oft werden während eines ganzen Monats nicht mehr Leichen eingetragen. In der Mehrzahl handelt es sich um sogenannte Wasserleichen, d. h. um solche, die aus Wasserläufen herausgeschwemmt wurden.

Mit großer Kaltblütigkeit ist der Premierleutnant im Regiment des Garde du Corps Ulrich von Osten-Sacken, der vor einigen Tagen auf dem Gute seiner Eltern beim Einschießen von Waffen verunglückte, in den Tod gegangen. Der Arzt hatte ihm mitgeteilt, daß alle menschliche Kunst und Wissenschaft bei ihm ungünstig sei und er höchstens noch zwei bis drei Stunden zu leben habe. Mit dem tödlichen Geschoss im Körper und den schweren Tod vor Augen ordnete er mir nicht nur alle seine Privatverhältnisse, sondern schrieb selbst noch an die Direktion der Kriegsschule, zu der er kommandiert war, sowie an den Kommandant seines Regiments seine eigene Todesmeldung mit einer detaillierten Nachricht, wie sich der Unfall zugegriffen.

Der Bonner Männergesang-Verein erhielt vom Hofmarschallamt die Mitteilung, daß der Protektor des Vereins, Prinz Heinrich, genehmigt habe, während der Festtage im Mai eine Serenade des Vereins entgegenzunehmen.

"Ich denke, er wäre ein ehrenwerter Herr," erwiderte Elsa.

Elsa lächelte und sagte dann zu Elsa: "Weißt du, daß er und ich einmal für eine andere geschwärmt haben? Zuerst weibte er mir die erste Scholarenliebe, dann glaubte ich in ihm mein Ideal gefunden zu haben, bis wir beide entdeckt — uns gegenseitig vergessen haben, trotzdem Elsa, seine Schwester, mir so nahe steht."

Bei dem Begräbnis des Landrats hört die Damen den neuen Prediger zum ersten Mal. Nicht übel! Elsa empfindet Respekt vor seinem Auftreten. Elsa äußerte sich lobend.

So kam der nächste Sonntag heran, an dem Eugen Romberg in der Dorfkirche seine Amtseinführung predigt halten müsste.

Für die Patronatsrechte ausübende Gütekirche war in der schmucklosen Dorfkirche eine hölzerne Empore vorgesehen; auf dieser saßen Rose, Elsa und Mansell Ritter nebst ihrem Sohn, als die Glocken ausgeläutet und die Kirche sich mit Landfrauen aus der Gemeinde füllte.

Wald erschien der junge Prediger, in der Kleidung seines Amtsträger mit der großen, weißen Halbstraße doppelt stattlich, auf der Stange. Sein dunkles Auge übersegte die Versammlung, dann begann er mit dem Text: "Vergehet, so wird euch vergeben!"

Rose sah Elsa nur so vor, aber lächelte auch die übrigen. Ihr schien es, als ob die Predigt an sie gerichtet sei und Eugen Romberg wünschte ihr ins Gewissen zu reden. Fröhlich zeigte sich Elsa wieder aufzuhören zu lassen. Nein, für

Elsa versprach es.

Elsa blieb überrascht auf. Wie schön er geworden war!

"Ich überbringe eine traurige Nachricht," teilte Eugen den Damen, sichlegend, mit, "der Herr Landrat ist heute früh gestorben; ich habe im Trauerhaus meinen ersten Amtspflichten obgelegen. Ist es nicht ein schlimmes Omen?"

Dann glauben Sie gewiß doch nicht?"

"Ich nein, eine Gedanke, nichts sonst."

Elsa blieb auf: "Es wird Ihnen hier schon gefallen. Wir 3. B. wollen uns bemühen, Ihnen gute Beichtkinder zu sein."

"Das soll mir lieb sein!"

"Sind Sie streng kirchlich?" lachte Elsa.

"Wie es die apostolischen Bekennisse vorschreiben."

"Aber doch tolerant?" meinte Elsa.

"Tolerant?" gab Eugen zurück. "Gewiß, wo es sich um Sachen handelt, die nicht zur Seligkeit gehören."

"Richtig nicht, daß Ihr nicht gerichtet werdet?" meinte Elsa.

Eugen lächelte und sagte mit einer Verbeugung: "Ich bitte um Ihr streiges Wohlwollen."

Elsa neigte sich leicht, Elsa aber sagte:

"Seien Sie dessen versichert."

Ers ging.

Die beiden jungen Damen sahen sich an und lachten alle beide.

"Huh, wie gespreizt," sagte Rose.

"Diese überreiche Einbildung auf die neue Würde steht ihm schlecht an. Sonst, — nun,

Ein Glückskind.

Horstweg.

Man darf es bei dem Baron nicht so genau nennen, Elsa; er ist Großhödler," verließt Rose.